

Kritische Menschenrechtssituation für Anwohner der Glencore – Mine Antapaccay

In den vergangenen Monaten hat sich die Situation der Anwohner der Glencore – Mine Antapaccay in der peruanischen Provinz Espinar zugespitzt. Die Menschenrechtsorganisation Derechos Humanos sin Frontera DHSF berichtet, dass Mitarbeiter des Bergbaukonzerns Übergriffe und Machtmissbrauch ausüben würden und dabei auch auf die Zusammenarbeit mit der Nationalpolizei von Espinar, der Staatsanwaltschaft (Ministerio Publico) und einigen Richtern setzten.

Am 11. September 2015 haben sich rund dreissig Mitglieder der Vereinigung der Vieh - Produzenten von Hunipampa (Asociación de Productores Pecuarios de Hunipampa) aus der Kleinbauerngemeinschaft Huisa in der Provinz Espinar vor den Einrichtungen des Bergbaukonzerns Glencore Antapaccay versammelt. Die Bewohner führten eine friedlichen Demonstration durch, hielten Transparente hoch und brachten ihre toten Tiere mit. Sie forderten, dass das Unternehmen die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen soll, die dieses unterschriftlich bestätigt hatte. In jenen Protokollen verpflichtete sich das Unternehmen, den Mangel an Wasser und die Wasserverschmutzung zu beheben, was für den Tod der Tiere verantwortlich ist. Die friedliche Demonstration forderte also die Erfüllung früher eingegangener Versprechen durch das Schweizer Bergbauunternehmen. Während der Demonstration marschierten 70 Polizeikräfte auf, begleitet vom Staatsanwalt für die Prävention des Verbrechens der Provinz Espinar, Julio Ñunez Zevallos. Anstatt dass der Staatsanwalt neutral handelte und die Menschenrechte der Bewohner schützte, ordnete er die umgehende Festnahme des Präsidenten der Produzentenvereinigung an. Die Demonstrierenden sagten aus, die Festnahme sei auf Verlangen des Koordinators der Beziehungen zu den Gemeinschaften (Community Relations) des Unternehmens Antapaccay, Hugo Gilberto Zolano, erfolgt. Als die Demonstrierenden die Festnahme des Präsidenten verhindern wollten, wurden sie von der Polizei geschlagen und es wurde Tränengas eingesetzt, ohne dass die Polizei Rücksicht auf Kinder, Frauen und Alte genommen hätte. Nach dieser tätlichen Auseinandersetzung wurden vier Personen auf dem Polizeikommissariat von Espinar festgenommen. Den vier Festgenommenen wurde der Zugang zu einem Anwalt verwehrt und erst nach drei Tagen wurden sie dem Haftrichter vorgeführt. Der zuständige Untersuchungsrichter ordnete dann Präventivhaft für drei der vier Festgenommenen an, mit der Begründung, dass die drei Gewalt gegen die Staatsgewalt ausgeübt und damit Amtshandlungen verhindert hätten. Die drei Festgenommenen wurden danach ins Gefängnis San Judas Tadeo in Sicuani überführt. Die drei weisen Spuren der erhaltenen Schläge auf, ohne dass sie medizinisch untersucht worden wären. Erst mit der Anordnung der Präventivhaft erhielten die drei Zugang zu einem Anwalt.

Hintergrund des Protestes ist die Wasserverknappung. Auf den Ländereien der Produzentenvereinigung Hunipampa trocknete eine Quelle, „Ojo de agua Miccayo“, plötzlich aus. Die Bewohner sind der Ansicht, dass die Quelle wegen der Installation von sieben Wasserpumpen durch die Mine versiegte. Da wegen des Wassermangels Vieh verendete, wurde die Situation für die Anwohner sehr kritisch. Ebenso denunzieren sie eine grosse Staubbelastung durch die Fahrzeuge der Mine, was die Gesundheit der Anwohner beeinträchtigt. Die Sprengungen in der Mine führen zudem zu Schäden an den Häusern.

Ein weiterer Übergriff war schon am 1. Juni 2014 zu verzeichnen, als Juan Cancio Cuti in der Nähe seines Hauses gewaltsam und missbräuchlich von Polizisten und Angestellten der Mine angegangen, geschlagen und danach auf das Polizeikommissariat von Espinar gebracht wurde, wo er für 2 Tage in Incomunicado-Haft war. Danach wurde er vom Firmenvertreter und der Polizei angeschuldigt, Gewalt gegen die Behörden ausgeübt zu haben. Die Staatsanwaltschaft, die Polizei und Vertreter des Bergbauunternehmens haben verschiedene Anzeigen wegen einer ganzen Reihe angeblicher Delikte gegen Juan Cancio eingereicht. Diese Anschuldigungen haben nichts mit der Realität zu tun, und

belegen wie gezielt sie gegen diesen Anwohner vorgehen, der seit 30 Jahren unter den Folgen des Bergbaus leidet. Der Fall ist nun für ein mündliches Gerichtsverfahren vorgesehen (juicio oral).

Beide Fälle weisen Unregelmässigkeiten, Misshandlungen, Missbrauch und Anwendung übertriebener Gewalt durch die Polizei auf. Die Staatsanwaltschaft erschien jeweils rasch am Ort der vermeintlichen Delikte, untersuchte aber weder die Gründe für die friedlichen Demonstrationen noch garantierte sie das verfassungsmässige Recht der freien Meinungsäusserung noch verhinderte sie die Misshandlungen und Verletzung der Grundrechte der Beschuldigten. Keiner der beteiligten Polizisten wurde wegen den Misshandlungen und dem Machtmissbrauch sanktioniert. Auch die Verfügung der Präventivhaft war im vorliegenden Fall missbräuchlich, denn diese bedingt, dass ein Verbrechen zugrunde liegt, das mit mindestens 4 Jahren Haft geahndet wird, oder wenn Fluchtgefahr oder sonstige Behinderungen des Prozesses drohen. Im vorliegenden Fall sind diese Elemente nicht gegeben und der Haftrichter hat die Anordnung der Präventivhaft nicht genügend begründet. Die Inhaftierung der drei Mitglieder der Produzentenvereinigung von Hunipampa ist also verfassungswidrig. Die missbräuchliche Gewaltanwendung durch die Polizei fand zudem im Kontext der Abkommen statt, die das Bergbauunternehmen Glencore Antapaccay mit der Nationalpolizei in Espinar abgeschlossen hat. Was ist vor diesem Hintergrund der Auftrag der Polizei, was gilt es konkret zu schützen? Die Handlungen der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte sind eindeutig einseitig zu Gunsten des Bergbauunternehmens erfolgt. Ebenso bereitet die Art und Weise, wie Glencore Antapaccay mit den Kleinbauerngemeinschaften in Beziehung tritt Sorge, da sie den Prinzipien der Menschenrechte, denen sich Glencore in verschiedenen Dokumenten verpflichtet hat, widersprechen. DHSF fordert von Glencore eine umgehende Erklärung bezüglich ihrer Verantwortung in diesen Vorfällen.

Espinar, 16. September 2015, Derechos Humanos sin Fronteras